

**Zeitschrift:** Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen  
**Herausgeber:** Emanzipation  
**Band:** 15 (1989)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Frauenmedizin II : Frauen-Universität Bern  
**Autor:** Reichel, Renata  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-360887>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 22.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Frauenmedizin II

von Renata Reichel

**Im Hinblick auf das Inkrafttreten des Bundesgesetzes für Schwangerschaftsberatungsstellen wurden im Januar 1983 an der Universitäts-Frauenklinik Bern erstmals Stellen explizit für die Familienplanung bewilligt. Seither bestand die Familienplanungsstelle als eigene „Abteilung“. Nachfolgender Artikel zeigt, nach welchen Zielsetzungen die Beratungsstelle auf- und ausgebaut wurde. Trotz allen inneren und äusseren Schwierigkeiten ist sie in ihrer Art wohl einzigartig.**

Nach Regierungsratsbeschluss vom Dezember 1969 wurde an der Universitäts-Frauenklinik Bern erstmals eine Sprechstunde für Familienplanung eingerichtet. Diese wurde nebenamtlich durch einen Oberarzt und die Sozialarbeiterin des Spitals an einem Abend pro Woche geführt. Sie wurde fast ausschliesslich von Frauen mit dem Wunsch nach einem Schwangerschaftsabbruch aufgesucht, welche nach einer ersten Abklärung zur Begutachtung an die Psychiatrische Poliklinik weitergewiesen wurden. Da das Frauenspital praktisch der einzige Ort war, an dem Schwangerschaftsabbrüche überhaupt durchgeführt wurden, kamen Frauen aus dem ganzen Kanton Bern und zum Teil auch aus den umliegenden Kantonen.

So wurde die Sprechstunde zunächst (ab 1979) erweitert, wofür ein/e Assistenzarzt/ärztin für 1 1/2 Tage pro Woche freigestellt wurde. Auch die Sozialarbeiterin arbeitete immer mehr mit, und während einigen Jahren wurde zusätzlich noch ein Eheberater (Theologe) eingesetzt, so dass die Frauen unter Umständen drei oder mehr beratende und begutachtende Instanzen durchlaufen mussten.

Die zunehmende Nachfrage, verschiedene parlamentarische Vorstösse sowie das Ergebnis der Fristenlösungs-Abstimmung, die ja bekanntlich im Kanton Bern angenommen worden war, führten dazu, dass 1978 vom Regierungsrat eine Kommission für Präventivmedizin eingesetzt wurde, die sich in erster Linie mit der Familienplanung und der Problematik des Schwangerschaftsabbruchs befasste. Als eine Folge sind die geltenden Vorschriften für das Verfahren bei Schwangerschaftsabbrüchen (aus dem Jahr 1949) revidiert worden. Auf Beschluss der Gesundheitsdirektion des Kantons Bern sind seit dem 1.7.1980 pauschal alle ÄrztInnen mit FMH ir-

gendeiner Spezialrichtung (auch Allgemeinmedizin) mit Praxisbewilligung im Kanton zur Erstellung von Gutachten ermächtigt, ebenso alle ÄrztInnen der Universitäts-Kliniken und -Polikliniken, sowie alle praktizierenden ÄrztInnen ohne FMH nach 10-jähriger Berufsausübung im Kanton.

Als weitere Änderung ist der administrative Ablauf vereinfacht worden. Es wird kein seitenlanges Gutachten mehr verlangt, sondern ein vorgedrucktes Formular zur Verfügung gestellt, auf dem nur die wichtigsten Angaben stehen müssen. Alle ausführlichen und persönlichen Unterlagen bleiben so in der Krankengeschichte des/der begutachtenden Arztes/Ärztin. Die Meldung an den Kantonsarzt erfolgt mit einer anonymen Kopie des Gutachters und einem Statistikblatt.

Im Hinblick auf das Inkrafttreten des Bundesgesetzes für Schwangerschaftsberatungsstellen vom Oktober 1981

*„Die Entwicklung der Familienplanungsstelle wurde von einem breiten Kreis der Bevölkerung begrüsst und unterstützt.“*

wurden dann auf Januar 1983 erstmals Stellen explizit für die Familienplanung bewilligt (1 1/2 ÄrztInnen-Stellen, sowie 1/2 Sekretärinnen-Stelle). Die Sozialarbeiterin arbeitete weiter zu etwa 50% für die Familienplanung, und von der Gynäkologie wurde eine Krankenschwester zu 50% für Verhütungsberatung zur Verfügung gestellt. Seither bestand die Familienplanungsstelle als eigene „Abteilung“ mit praktisch 2 Stellen, verteilt auf 5 MitarbeiterInnen.

In den nächsten Jahren wurde die Beratungsstelle durch das Team gemäss den folgenden Zielsetzungen auf- und ausgebaut. Der psycho-soziale Bereich wurde dem medizinischen gleichgestellt und die Kontinuität in der Betreuung der KlientInnen durch eine Hauptperson gewährleistet. Dies erforderte eine enge Zusammenarbeit im interdisziplinären Team und eine längerfristige Anstellung der MitarbeiterInnen, das heisst keine Rotationsstellen. Weitere Ziele waren, den Abbau von Schwellenangst und die Erreichbarkeit der Stelle durch eine entsprechende Atmosphäre und gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu fördern. So bestand ein grosser Teil der Arbeit – neben den konkreten Beratungen – aus Konzept- und Strukturarbeit, die bis in die heutige Zeit fortgeführt wird. Was die Schwangerschaftsabbrüche betrifft, war es ein grosser Schritt, dass die Begutachtungen fortan auf der Stelle selbst gemacht werden konnten, das heisst, die Frauen mussten nicht mehr mehrere Instanzen durchlaufen, sondern wurden von der gleichen Person beraten, begutachtet und gynäkologisch untersucht. So konnte zwischen der betroffenen Frau und der Mitarbeiterin eine Beziehung entstehen, was zur Folge hatte, dass viele Frauen wünschten, zur Nachkontrolle wieder zu kommen. Dies erleichterte ihnen auch das Angebot, psychologische Hilfe bei Schwierigkeiten nach dem Abbruch in Anspruch zu nehmen. Eine weitere Verbesserung bedeutete für die betroffenen Frauen auch, dass sie grundsätzlich selbst über Art und Weise der Durchführung des Schwangerschaftsabbruchs entscheiden konnten, das heisst, sie konnten zwischen ambulantem und stationärem Spitalaufenthalt sowie zwischen örtlicher Betäubung und Vollnarkose wählen. Eine grosse Veränderung war der Auszug aus dem Spital in ein benachbartes Gebäude, in eine freundliche 6-Zimmer-Wohnung, was sich auf die Atmosphäre der Stelle sehr positiv auswirkte. Personelle Veränderungen entstanden durch die Aufteilung der ganzen ÄrztInnen-Stelle in zwei halbe, durch die Abtrennung des spitalinternen So-

## Frauen-Universitätsklinik Bern

zialdienstes und die Bewilligung einer eigenen Sozialarbeiterin, durch die Bewilligung einer zweiten Sekretärin, sowie durch die Bewilligung der Krankenschwestern-Stelle (welche bisher nur „ausgeliehen“ gewesen war).

Auch der Aufgabenbereich der Familienplanungsstelle erweiterte sich im Lauf der Jahre. War die Stelle anfangs noch fast ausschliesslich eine Anlaufstelle für unerwünscht schwangere Frauen gewesen, so nahmen die anderen Beratungen (vor allem Verhütungs- und Sexualberatungen) und die Öffentlichkeitsarbeit (vor allem Sexualerziehung in Schulen) mit der Zeit immer mehr Raum ein. Parallel dazu änderten sich auch die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit. Zunächst ging es noch hauptsächlich darum, die Situation für unerwünscht schwangere Frauen zu verbessern, später trat die Konzeptarbeit für die präventiven Aufgaben mehr und mehr in den Vordergrund. Diese Verlagerung wurde möglich durch den langsamen Auf- resp. Ausbau ähnlicher Beratungsstellen an den Regionalspitälern und die Anerkennung des Frauengesundheitszentrums in Bern als kantonale Schwangerschaftsberatungsstelle.

Die Nachfrage von Schulen für den Unterricht in Sexualerziehung/Lebenskunde hat laufend zugenommen. In diesem Zusammenhang haben die Mitarbeiterinnen der Familienplanungsstelle im Auftrag der Gesundheitsdirektion des Kantons Bern auch die Broschüre „ich & du“ [siehe Besprechung in dieser SM] ausgearbeitet. Für Jugendliche ist ausserdem eine Informationsstelle eingerichtet worden, welche vorerst jeden ersten Mittwochnachmittag im Monat für Fragen und kostenlose Beratung (ohne Voranmeldung!) offen steht. Weitere zusätzliche Angebote sind eine regelmässige Gruppe für Frauen als Hilfe zur Verarbeitung des Schwangerschaftsabbruchs, wöchentliche Informationsnachmittage zu Verhütungsfragen auf den Wöchnerinnen-Abteilungen, sowie die Organisation eines 24-Stunden Pikettdienstes von Ärztinnen für die Untersuchung und medizinische Beratung von vergewaltigten Frauen im

Rahmen des „Berner Modells für vergewaltigte Frauen“.

So hat sich die Familienplanungsstelle zwischen 1983 und 1988 von einer völlig unorganisierten Sprechstunde, welche von verschiedenen MitarbeiterInnen des Spitals nebenamtlich in zwei Räumen einer stationär-gynäkologischen Abteilung abgehalten worden war, zu einer relativ autonomen Abteilung der Uni-Frauenklinik in eigenen spitalexternen Räumlichkeiten entwickelt. Die Beratungsstelle wird von einem Team geführt, welches aus 7 Frauen verschiedener Berufsgattungen besteht, die alle zu 50% angestellt sind. Innerhalb des Teams wird versucht, möglichst unhierarchisch zu arbeiten.

*„...Sie wurde aber auch immer wieder vehement bekämpft, vor allem von GegnerInnen des Schwangerschaftsabbruchs, die uns immer wieder dafür verantwortlich machen wollten, dass es das Problem ‚Schwangerschaftsabbruch‘ überhaupt gibt.“*

Es finden wöchentlich Teamsitzungen statt, in denen die Arbeit gemeinsam besprochen und organisiert wird. Jede Team-Frau ist für gewisse Bereiche (Ressorts) hauptverantwortlich, für die Organisation innerhalb der Stelle und als Ansprechpartnerin nach aussen. Wichtige Entscheide werden jedoch immer gemeinsam gefällt. Als Ganzes untersteht die Stelle dem Abteilungsleiter für Gynäkologie. Mit ihm finden regelmässige Sitzungen etwa einmal im Monat statt, wo grössere Veränderungen diskutiert, oder Schwierigkeiten, die in der Zusammenarbeit mit dem Spital auftreten, besprochen werden.

Die Entwicklung der Familienplanungsstelle wurde von einem breiten Kreis der Bevölkerung begrüsst und unterstützt, vornehmlich von unseren KlientInnen, von Stellen mit ähnlichen Aufgaben, von Seiten verschiedener Frauengruppierungen, sowie von einem Teil der Ärzteschaft. Sie wurde aber auch immer wieder vehement bekämpft, vor allem von GegnerInnen des Schwangerschaftsabbruchs, die uns immer wieder dafür verantwortlich machen wollten, dass es das Problem „Schwangerschaftsabbruch“ überhaupt gibt. Diese Sündenbockrolle hatten wir oft auch in den Augen der ÄrztInnen des Spitals, welche die Abbrüche durchführen mussten. So kam es immer wieder zu Spannungen und Auseinandersetzungen, welche die an sich psychisch schon recht belastende Arbeit nicht einfacher machten. Ein enormer Druck entstand auch durch die immer grösser werdende Nachfrage und die vielen neuen Aufgaben, welche bei praktisch gleichbleibender Stellenkapazität bewältigt werden mussten.

Diese Schwierigkeiten hatten natürlich auch ihre Auswirkungen auf das Team. So kam es besonders in Stresssituationen neben allgemeinen Überlastungssymptomen auch immer wieder zu Rivalitäts- und Machtkämpfen innerhalb des Teams, die vielleicht gerade wegen dem Anspruch auf Frauensolidarität oft besonders schmerzlich und schwer auszutragen waren. Gerade in solchen Situationen ist eine qualifizierte Supervision sehr wichtig.

Trotz allen inneren und äusseren Schwierigkeiten ist diese Stelle in ihrer Art wohl einzigartig. Die relative Autonomie und das Funktionieren mit demokratischen Strukturen sind für eine Abteilung einer so hierarchisch organisierten Institution wie eine Universitätsklinik doch recht ungewöhnlich. Es muss hier betont werden, dass eine solche Entwicklung nur dank dem enormen persönlichen Engagement aller Team-Frauen, der ständigen Unterstützung durch die Klinikleitung und nicht zuletzt auch dank der politischen Situation im Kanton möglich war.